Jesus als „Gottes Sohn“ bezeichnet – von der Gender-StaSi gefeuert

Die Stadt Wien hat einen neuen Tiefpunkt in Sachen GenderGaga geboten. Einer 50-jährigen Kindergärtnerin wurde jetzt gekündigt, weil sie den Kindern in ihrer Gruppe das Weihnachtsfest „zu religiös“ erklärt habe. Unter anderem wurde bemängelt, dass sie Jesus als „Gottes Sohn“ bezeichnet habe, statt geschlechtsneutral über ihn zu sprechen. Das ist kein Witz, sondern die traurige Wirklichkeit. Immer wenn man denkt, mehr Doofheit geht nicht, kommt von irgendwoher eine Gender-Nachricht, die einen eines Besseren belehrt.

Hach, es ist aber alles auch immer so kompliziert

Bei spiegel-online gibt es eine neue Kolumnistin, nennen wir sie Stoko-Gaga. Ich bin überzeugt, dass später einmal Fotos und Texte von ihr im Haus der Deutschen Geschichte hängen werden. Nicht etwa, weil ihre Beiträge das Niveau von Schulaufsätzen der gymnasialen Mittelstufe mühelos unterbieten, sondern weil die Autorin ganz deutlich überfordert ist, sich mit komplizierten Sachverhalten intellektuell auseinanderzusetzen. Das macht erst einmal nichts, denn das können heutzutage ja viele nicht. Aber schon mit ihrem Erstlingswerk, das sich mit dem wachsenden Widerstand gegen GenderGaga und damit auch mit meiner Frau befasst, belegt sie eindrucksvoll ihre limitierten Möglichkeiten zum Diskurs, die examplarisch für viele Progressive unserer Zeit stehen. Beim Lesen habe ich mich zunächst gefragt, ob ich vielleicht in einen Kinder-Schreib-Wettbewerb geraten bin. Die Überschrift „Niemand muss lecken müssen“ neben ihrem Foto brachte mich allerdings von diesem Gedanken wieder ab….und – ich gebe es zu – machte mich in dem Moment geradezu froh.

Nun hat sie erneut etwas geschrieben, und statt den Text mit einem Therapeuten zu diskutieren, ist das Werk erneut veröffentlich worden. Deshalb nehme ich dem „Spiegel“ seit heute ab, dass er es mit sozialem Engagement wirklich ernst meint. Frau Stoko-Gaga missfällt, dass Konservative bei Zuwanderern aus dem islamischen Kulturkreis Akzeptanz für die Gleichberechtigung der Frau anmahnen. Dieses Mal wendet sich ihr kindlicher Furor gegen die CDU-Politikerin Erika Steinbach. Ja, wie kann denn eine solche Frau Gleichberechtigung einfordern, wenn sie doch gegen die Einführung von Quoten in Aufsichtsräten war? Eine Frage, eigentlich leicht zu beantworten, wenn… ja, wenn man ein klein wenig nachdenkt. Aber das scheint nicht mehr im Anforderungsprofil für neue spiegel-online-Kolumnisten zu stehen.

Das Kreuther Phantom spukt mal wieder

Dass in Internetforen und Leserbriefen der Rücktritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel gefordert wird, ist Alltag. Die Intensität, mit der es augenblicklich geschieht, ist neu. Das Agieren dieser sonst so machtbewussten Frau an der Spitze unserer Regierung in Bezug auf den Zustrom von Flüchtlingen stößt inzwischen auf harsche Kritik in großen Teilen der Bevölkerung. Da ist mächtig Dampf auf dem Kessel. Manch einer setzt darauf, die Kanzlerin werde sich bald von selbst verabschieden, um das Amt einer UN-Generalsekretärin zu übernehmen. Wie intensiv das diskutiert wird, ohne dass Merkel jemals öffentlich die Absicht geäußert hätte, diesen Job im Hochhaus am Hudson River anzustreben, ist erstaunlich.

Noch erstaunlicher jedoch ist, wie laut auf einmal zumindest in unionsnahen und konservativen Kreisen, eine Ausdehnung der CSU aufs ganze Bundesgebiet geradezu beschworen wird. Horst, komm und rette uns, ist – mit anderen Worten – in vielen Foren und Netzwerken zu lesen. Allein, da wird der Wunsch Vater des Gedankens sein und bleiben. Der große CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß hatte es einst versucht, als auf seine Initiative hin am 19. November 1976 die CSU-Landesgruppe des Bundestages bei ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth beschloß, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufzukündigen. Groß war die Aufregung seinerzeit, als diese politische Sensation bekannt wurde. Doch in Bonn saß einer, der kühl blieb, frostig sogar. Oppositionsführer Helmut Kohl, der Mann aus der Pfalz, Vorsitzender der Schwesterpartei, stellte klar: eine Ausdehnung der CSU auf die Bundesrepublik werde den sofortigen „Einmarsch“ der CDU nach Bayern bedeuten. Aus zwei CSU-Bezirksverbänden signalisierte man Kohl Unterstützung für diesen Fall. Und in der CSU begann das Rechnen. Eine CDU in Bayern, selbst wenn sie nur 10 Prozent der Stimmen erränge, würde absolute Mehrheiten und viele Direktmandate gefährden – Abgeordnete, Bürgermeister und Landräte kosten. Am 12. Dezember, nach nur gut drei Wochen, brach die Revolution zusammen. Die CSU besann sich auf ihre Kernkompetenz als DIE Partei der Bayern, die aus dem Freistaat ein Erfolgsmodell sondergleichen geformt hat. Kaum anzunehmen, dass man in München Lust verspürt, sich jetzt erneut auf ein großes Abenteuer dieser Art einzulassen.

Hallo, Herr Kretschmann! Ich dachte, ihr seid die Modernen

Was höre ich denn da in den Nachrichten? Das böse Bayern der angeblichen Rechtspopulisten und Orban-Freunde hat bisher 15.000 Flüchtlinge mehr aufgenommen, als es nach dem Verteilungsschlüssel des Bundes müsste – und steht damit (wieder einmal) an der Spitze. Und das hippe von einem grünen Ministerpräsidenten regierte Baden-Württemberg hat bisher nicht einmal das Soll erfüllt. Es ist immer

wieder schön, den Unterschied zwischen Mainstream-Gequatsche und Realität zu betrachten. Wenn ein verantwortlicher Politiker in Deutschland alles Recht hat, den Willkommens-Taumel der Kanzlerin zu kritisieren, dann Ministerpräsident Horst Seehofer. Niemand kann Bayern vorwerfen, dass es sich seiner gesamtstaatlichen Pflicht entziehen würde.

Kundus ist gefallen

Vor zwei Jahren wehten noch schwarz-rot-goldene Fahnen in Kundus, heute haben die Taliban ihre schwarzen Unheilsfetzen gehisst. Kundus ist gefallen, ein Menetekel für die Zukunft Afghanistans. Frau Käßmann hatte nicht recht, als sie vor Jahren sagte „Nichts ist gut in Afghanistan“. Tatsächlich gab es viele Jahre eine bescheidene positiven Entwicklung, oftmals nicht im Blickpunkt der deutschen Öffentlichkeit, die mehrheitlich gegen den Bundeswehr-Einsatz am Hindukusch war. In dem Stadion in Kubal, in dem einst gehenkt und gesteinigt wurde, fanden wieder Fußballspiele statt, bei denen Sängerinnen in der Halbzeit das Publikum unterhielten. Für uns eine Lapalie, für das geschundene Land ein Riesenschritt. Ebenso wie die Fortschritte bei der medizinischen Versorgung und Infrastruktur, der Neubau von Schulen, in denen Mädchen selbstverständlich mit unterrichtet wurden. 13.000 Frauen in Afghanistan absolvieren derzeit eine Berufsausbildung. Ja, die Machthaber waren und sind korrupt, und ja, es gab immer wieder Anschläge. Afghanistan wird nie in freiheitlicher Rechtsstaat nach westlichem Vorbild sein. Und dennoch sagten gerade Soldaten, die dort waren – oft mehrfach, dass sich ihr Einsatz gelohnt hat. Das ist nun alles gefährdet. Der Westen hat sich militärisch weitgehend zurückgezogen, jetzt sind die Afghanen selbst dran, ihr Land und die paar neu gewonnenen Freiheiten zu verteidigen. Heute haben die Taliban Kundus eingenommen – eine 300.000-Einwohner-Stadt. Die afghanischen Sicherheitskräfte bereiten sich darauf vor, die Stadt zurückzuerobern. Gelingt das, wäre es ein Zeichen an die ganze Welt, dass nicht alles umsonst war. Gelingt es nicht, gibt es für Afghanistan keine Hoffnung.

Von der totalen Ohnmacht am Hudson River

Wäre das nicht schön? Eine Weltorganisation, die Willen und genug Kraft hat, Frieden und Menschenrechte global durchzusetzen? Unterstützt von den großen, reichen und militärisch starken Nationen? Alle Menschen werden Brüder, sozusagen? Die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) heute hat eindrucksvoll dokumentiert, wie weit entfernt die Menschheit von diesem Zustand der Vernunft wirklich ist. Lippenbekenntnisse von allen Seiten, nichts Konkretes. Obama und Putin unversöhnlich, ein gemeinsames Vorgehen zur Bekämpfung des IS, ja zur Befriedung des Nahen Ostens insgesamt, ist

nirgendwo in Aussicht. Es ist ernüchternd zu sehen, dass es das große gemeinsame Ziel der Weltgemeinschaft nicht gibt. Der IS wird weiter köpfen, Assad wird weiter Fassbomben auf Zivilisten abwerfen lassen, und Millionen Menschen werden sich weiter zu Fuß auf die große Reise nach Europa machen. Es ist zum Weinen.

Peinlich, Herr Kardinal

Die Aussage von Kardinal Marx „Verbloggung führt manchmal zur Verblödung“ erinnert mich an einen Bekannten, der bis heute kein Faxgerät angeschafft hat, weil er „nicht jede Mode mitmachen will“.

Die Politik und die einfache Logik

Heute Morgen hatte ich das Vergnügen, mit Julie Lenarz vom „Human Security Centre“ in London zu frühstücken. Die junge Frau ist in Großbritannien eine der Top-Experten für den Nahen Osten und den islamistischen Terror und berät dort Politiker ebenso wie z. B. den Menschenrechtsausschuss der EU. „Angela Merkel betreibt ein Entvölkerungsprogramm für Syrien“, sagte sie. Statt zu überlegen, wie immer mehr Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen werden könnten, sollte sich Frau Merkel lieber damit beschäftigen, was wir tun müssen, damit der Bürgerkrieg in Syrien beendet wird, und sich Flüchtlinge überhaupt nicht mehr auf den Weg nach Deutschland machen. Eine eigentlich ganz einfache Wahrheit, nur eben mal deutlich auf den Punkt gebracht.

Mit Verlaub, ich formuliere wie ich will

Rainald Becker hat’s getan, und peng! sofort springt die Empörungsmaschine an. In einem Kommentar in den ARD-„Tagesthemen“ benutzte er den Terminus „Grüne und linke Gutmenschen“. Und die sind nun alle ganz empört über das „wording“. „Gutmensch“, das ist fast so schlimm wie „gesunder Menschenverstand“ oder – jetzt Ohren zuhalten – „Autobahn“. Die geht gar nicht, wie wir durch Johannes B. Kerners längst vom Winde verwehte Show einst erfahren haben. Ich persönlich finde ja, in einer freien Gesellschaft sollte jeder Mensch selbst entscheiden können, wie er formuliert – Journalisten sowieso. Das

eigentlich Erstaunliche ist aber, dass sich unter den besonders Empörten in diesem Fall viele Menschen befinden, die nichts dagegen haben, eine staatliche Förderung für Familien mit Kindern als „Herdprämie“ oder „Verdummungsprämie“ zu bezeichnen, und die sich lachend auf die Schenkel klopfen, wenn engagierte Mütter als „Heimchen am Herd“ beleidigt werden. Denn merke: Gleich heißt im modernen Deutschland noch lange nicht gleich! Die PC-Wächter wollen entscheiden, wie man zu formulieren hat. Tun wir ihnen diesen Gefallen nicht!

Im Zug von Krefeld nach Kleve

Die Stimmung in der Regionalbahn von Krefeld nach Kleve war schlecht, Tendenz sinkend. Ich hatte den letzten Klappsitz ganz links für mich sichern können, vor mir drei junge Frauen mit Kopftuch, in der Reihe neben mir – so weit man das optisch einsortieren kann – ausnahmslos junge Männer mit, wie das heute so schön heißt, Migrationshintergrund. Einer von ihnen sehr laut. Er redete unablässig in sein Smartphone, in seiner Sprache und unfassbar laut. Niemand sagte etwas, alle schauten unbewegt geradeaus, man will ja in diesen Zeiten nicht unangenehm auffallen.

Nach zehn Minuten wurde es einem älteren Ehepaar – beide sicher 70 – auf der gegenüberliegenden Seite zu bunt. „Können Sie mal etwas leiser sein? Hier wollen auch Leute ihre Ruhe haben….“ Der Angesprochene unterbrach sein Telefonat und blaffte die Frau an: „Warum denn? Was hast Du?“ „Sie sind zu laut, sie stören andere Leute.“ „Warum sagst Du das, was willst Du von mir?“ Andere riefen jetzt auch dazwischen. Manche in einer Sprache, die ich nicht verstand, andere auf Deutsch. Aus einer der Reihen wehte ein Satzfetzen zu mir herüber: „…man mal sehen, was das für Typen sind, die wir uns hier ins Land holen.“ Wie gesagt, die Stimmung war wirklich unangenehm und sehr angespannt in diesem randvollen Wagen der Nordwestbahn.

Schließlich stand der neben mir sitzende Mann auf, zeigte auf den Telefonierer und sprach ihn mit ziemlich düsterem Blick unmissverständlich an. „Du, sprich jetzt leiser. Die Leute wollen ihre Ruhe haben und Du benimmst Dich jetzt!“ Wenn ein stämmiger gut 1,90-Meter-Mann so etwas nachdrücklich sagt, verfehlt das seine Wirkung in der Regel nicht, und es wurde tatsächlich augenblicklich deutlich ruhiger. Mein Nachbar setzte sich wieder, schaute mich an und sagte: „Die Deutschen sind schlimm.“ Ich fragte: „Warum?“ Und er sagte: „Ich habe schon in vielen Ländern gelebt, aber hier ist es am schlimmsten.“ Ja, aber was ist denn so schlimm, muss doch keiner nach Deutschland kommen? Er sagte: „Wenn sich in anderen Ländern in einem Zug jemand daneben benimmt, stehen die anderen auf und werfen ihn an der nächsten Station raus, zur Not auch aus dem Fenster.“ Ein interessanter Gedanke, dachte ich, sagte aber: „Nun, so etwas ist in Deutschland eigentlich nicht üblich.“ Und ich versuchte zu erklären: „Es kommen derzeit viele Menschen, und es ist schwierig mit unterschiedlicher Religion und fremden Kulturen….“ „Das hat nichts mit Kultur oder Religion zu tun, sondern mit Gesetzen“, erwiderte er, zeigte auf den Smartphone-Mann und erklärte mir: „Wenn der wüsste, dass er sich benehmen muss und sonst

kein Geld mehr bekommt, dann würde er sich benehmen. Aber es sagt ihm niemand.“ Auf der weiteren Fahrt erfuhr ich noch, dass mein Sitznachbar aus dem Iran stammt, seit zehn Jahren in Deutschland lebt und übrigens auch für seinen Lebensunterhalt arbeitet. Als wir schließlich austiegen, verabschiedeten wir uns mit Handschlag voneinander.